Landespolizeidirektion
Oberösterreich

Information zu der Verarbeitung
„Cybercrime Lagebild“
gemäß § 43 Datenschutzgesetz (DSG) und Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Oberösterreich
Gruberstraße 35
4021 Linz
Telefon: +43-59133-400
Fax: +43-59133-407800
E-Mail: LPD-O@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Erfassung und Auswertung widerrechtlicher Zugriffe auf Computersysteme und Vermögensdelikte bei denen der Computer eine zentrale Rolle spielt und bei denen die Art der Angriffe eine wiederholte Begehung wahrscheinlich macht, zur Erkennung von Serientaten, finden neuer Ermittlungsansätze und Sichtbarmachung von Strukturen krimineller Verbindungen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§§ 53a Abs. 2, Abs. 6 zweiter Satz und 61, 63, 64, 65 und 70 SPG, BGBl. Nr. 566/1991, i.d.g.F. i.V.m. §§ 36 Abs. 1 , 38, 58 ff DSG BGBl. I Nr. 120/2017

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Daten gemäß 53 a Abs. 2 Z 1 sind längstens nach fünf Jahren, Daten nach § 53a Abs. 2 Z 2 und 3 längstens nach einem Jahr, Daten gemäß § 53a Abs. 2 Z 4 bei Wegfall der ausreichenden Gründe für die Annahme nach dieser Ziffer, längstens aber nach drei Jahren und Daten gemäß § 53a Abs. 2 Z 5 längstens nach drei Jahren zu löschen. Bei mehreren Speicherungen nach derselben Ziffer bestimmt sich die Löschung nach dem Zeitpunkt der letzten Speicherung.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und ordentliche Gerichte für Zwecke der Strafrechtspflege. Im Übrigen sofern eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung besteht.

Auftragsverarbeiter Bundesminister für Inneres, IBM Österreich - Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.; Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH.

Rechte der betroffenen Person:

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.
Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 DSG.
Das Recht auf Berechtigung besteht nach Maßgabe des § 45 DSG.
Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des § 45 DSG.
Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 DSG.
Aufgrund einer Verarbeitung im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSG-VO):
Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 15 DSGVO.
Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des § 16 DSGVO.
Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des § 17 DSGVO.
Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 18 DSGVO.